

Torpedoboote überstürzt angegriffen worden, so daß sie zurückfuhren mühten. Angeblich soll dabei ein griechischer Torpedobootebericht bestätigt worden sein. Leute, die von den Dardanellen hier angekommen sind, berichten, daß drei griechische Torpedobooteberichter Sonntag früh das Fort Sedil Baye besessen haben. Der Kreuzer „Medjidie“ sei sofort ausgelaufen und habe mit den griechischen Schiffen Schüsse gewechselt. „Medjidie“ sei bald darauf zurückgekehrt.

Die Friedenskonferenz ist nun in London glücklich in Gang gekommen. Ob allerdings etwas dabei herauskommen wird, ist eine zweite Frage. Im allgemeinen ist die Stimmung keine freudige; im Gegenteil man sieht ziemlich pessimistisch in die nahe Zukunft, spricht von einem Eingreifen der Mächte und sogar von einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf der ganzen Linie. Letzteres scheint noch gar nicht ausgeschlossen zu sein, denn zwischen dem, was die Türken geben und die anderen haben wollen, gähnt eine tiefe Kluft, die sich schwer wird überbrücken lassen.

Friedenskonferenz und Botschafter-Reunion.

Nach der formellen Eröffnungssitzung der Friedenskonferenz am Montag hat Dienstag eine zweite stattgefunden, die jedoch nur eine Stunde dauerte und dann abgebrochen wurde. Gleichzeitig und zwar um 8½ Uhr nachmittags trat am Dienstag die Botschafter-Reunion zum erstenmal zusammen. Wie dazu das Neuerliche Bureau erläutert, hatten die Botschafter vorher beim Staatssekretär Grey im Auswärtigen Amt eine Beisprechung, bei der die allgemeinen Grundlagen der bevorstehenden Unterredungen besprochen wurden. Danach wird jeder Botschus nur ad referendum gefaßt werden. Die Verhandlungen sollen geheim gehalten werden. Wahrscheinlich werden außer den heissen Fragen, die Siedlungen herbeiführen könnten, verhandelt werden. Man hofft, daß der beständigeren und schnelleren Meinungsabstimmung, indem er die Mächte in engen Beziehungen hält, einen wohltuenden und beruhigenden Einfluß auf die europäische öffentliche Meinung ausüben und die Regierungen insland setzen wird, ihren Wunsch nach einer Lösung der schwedenden Fragen und nach Aufrechterhaltung des europäischen Friedens in die Wirklichkeit umzusetzen.

Seegefecht vor den Dardanellen.

Vor dem Eingang der Dardanellen scheint es doch zwischen den türkischen und griechischen Seestreitkräften zu ernsthaften Kämpfen gekommen zu sein. Allerdings weiß man noch nicht, wer nun die Oberhand behalten hat. Beide Führer melden Sieg. Die größere Wahrscheinlichkeit kann aber die amtliche türkische Meldung für sich in Anspruch nehmen, denn die türkische Flotte ist der griechischen entschieden überlegen. Der türkische Kommandant meldet, daß seine Flotte um 8 Uhr vormittags die Dardanellen verlassen habe: „Die beiden Geschwader wechselten Schüsse auf eine Distanz von 3200 bis 7500 Meter. Unsere Offiziere und Mannschaften legten eine außerordentliche Tapferkeit an den Tag. Der Kampf dauerte anderthalb Stunden. Der griechische Kreuzer „Aero“ wurde von drei oder vier Projektilen getroffen, seine 24zölligen Geschütze am Bordteil und seine 19zölligen am Steuerbord wurden dadurch zum Schweigen gebracht, die übrigen feindlichen Schiffe zogen sich inzwischen auf die hohe See zurück, nachdem sie einige wirkungslose Schüsse abgegeben hatten. Der Kampf dauerte nur noch mit dem Panzerkreuzer „Aero“ fort, der schließlich gleichfalls in die Richtung nach dem Piräus flüchtete. Unsere Schiffe haben keinen Schaden genommen.“

Lösung der serbischen Frage.

Die Londoner Botschafter-Reunion wird sich vor allem auch mit der albanischen und der serbischen Adriastreite beschäftigen. Dazu soll ein Vorschlag Englands vorliegen, der folgende Lösung in Anregung bringt. Serbien erhält den Hafen San Giovanni di Medua und eine von Serbien dort hinführende Bahn. Beide werden neutralisiert. Da man annimmt, daß Österreich gegen eine rein wirtschaftliche Position Serbiens an der Adria nichts einzubringen hat, so hofft man, daß der russische Vorschlag angenommen werden wird. Damit wäre dann die Hafenfrage unter der Vorauseitung geordnet, daß auch die serbische Regierung diesen Vorschlag akzeptiert und daß die serbische Regierung sich bereit erklärt, sich dem Willen der Mächte zu fügen. — In der Uffizie des österreichischen Konsuls Prochaska veröffentlichte die Regierung nunmehr eine Notiz, nach der sich alle Gerüchte über diesen Fall als sehr übertrieben herausstellen. Dem Konsul selbst ist nichts passiert, wohl aber haben sich die serbischen Militärbehörden mehrfach in vollständlicher Beziehung gegen Prochaska und sein Personal vergangen. Hierfür wird die österreichische Regierung von Serbien Genugtuung fordern, die dieses fraglos gewähren wird.

Verschiedene Meldungen.

Konstantinopel, 16. Dez. Der Sultan hat den kürzesten Delegierten vor ihrer Abreise nach London gefragt: „Ihr könne in allen Dingen nachgiebig sein, aber ich will nicht, daß Ihr Adrianopel abtrete, wo meine Vorfahren ruhen.“

Pilsen, 16. Dez. Hier und in Königgrätz kam es beim Abmarsch von Militär an die Grenze zu lärmenden Kundgebungen der Tschechen. Die Offiziere wurden mit Steinen beworfen, so daß die Gendarmerie mit blanker Waffe vorging. Die Soldaten verbreiteten sich unruhaft.

London, 17. Dez. Nach einer Londonsmeldung hat heute früh an der Einfahrt in die Dardanellen wieder ein Gefecht zwischen der griechischen und der türkischen Flotte begonnen.

Belgrad, 17. Dez. Anlässlich der sich häufenden Beschwerden serbischer Bürger gegen das Verhalten der ungarischen Grenzbehörden erließ die serbische Regierung dem Wiener serbischen Gesandten den Auftrag, bei der österreichisch-ungarischen Regierung vorstellig zu werden.

London, 17. Dez. Die nächste Sitzung der Friedenskonferenz ist Donnerstag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In dem Berufungsstreit in Sachsen scheint es zwischen der Regierung und der Zweiten Kammer zu einer Einigung gekommen. Es kommt so bekanntlich darum, daß die Regierung den Lehren und Beamten das Beschwerderecht an die Standesämtern abgesprochen hatte. Nunmehr hat die Regierung eine Erklärung dahin abgegeben, daß sie sich bereit erklärt, auf einkünftige Beschwerden der Lehren

Auskunft zu geben, wenn sie auch an ihrer prinsipiellen Ausrichtung festhalten müsse. Damit ist der Konflikt allerdings nur umgangen, nicht beigelegt, und es fragt sich, ob die Kammer auf dieses Kompromiß eingehen wird. — Der Schluß des Landtages ist durch Königliches Dekret auf den 20. Dezember festgesetzt worden.

+ An der Beerdigung des Prinzregenten Luitpold am Donnerstag vormittag werden mindestens endgültig folgende Fürstlichkeiten teilnehmen: Der Deutsche Kaiser mit Gefolge von sieben Personen, der König von Sachsen mit Gefolge von drei Personen, der Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich, König Albert von Belgien mit Gefolge von drei Personen, der Herzog von Genua in Vertretung des Königs von Italien, der Herzog von Teck in Vertretung des Königs von England, Don Carlos als Vertreter des Königs von Spanien, die Großherzöge von Baden, Hessen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, die Herzöge von Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Anhalt, der Fürst zur Lippe, der Fürst von Hohenlohe, der Fürst von Schaumburg-Lippe, der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz und Prinz Ernst von Sachsen-Weiningen, die beiden letzteren als Vertreter ihrer Väter, und der Erbprinz von Preußen. Der König von Württemberg, dessen Gesundheit der Schonung bedarf, wird durch den Thronfolger Herzog Albrecht vertreten sein.

+ Am Dienstag empfing Prinzregent Ludwig im steinen Thronsaal der Residenz in feierlicher Form das diplomatische Corps. Der päpstliche Nuntius Fruehwirth gab als Vorsitz des diplomatischen Corps den tiefen Trauer über das Ableben des Prinzregenten Luitpold Ausdruck und sprach dem neuen Regenten die Wünsche für eine lange, gesegnete und glückliche Regierung aus. — Prinzregent Ludwig bestätigte zum Andenken an seinen Vater einen größeren Zahl von Verurteilten Gnade zu erweisen und bat den Justizminister beauftragt, ihm Vorschläge zu machen.

+ Zu dem von der „Nordb. Allg. Sig.“ verblümt angekündigten militärischen Nachtragsvertrag verlautet, daß es sich nur um Forderungen für Luftschiffe und Flugzeuge handelt. Einzelheiten können noch nicht angegeben werden, da die Aufführung des Staats noch nicht beendet ist. Andere Forderungen, wie für Kavalleriedivisionen, Haubitzenregimenter, Erhöhung der Bespannung der Feldbatterien usw. werden darin nicht enthalten sein. Was übrigens die Erhöhung der Bespannung der Batterien angeht, so ist das jetzt anzufordernde bereits in dem veröffentlichten Heeresstatut enthalten.

+ Die Petitionskommission des Reichstags hat Petitionen von Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes aus Rheinland und Westfalen, das Geis, betreffend die Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, in einer Weise abzuändern, durch welche für eingetragene Genossenschaften der Verkauf von Rabattmarken an Gewerbetreibende unmöglich gemacht wird, dem Reichsfanzler 15 Material überwiesen. Regierungssidet wurde erklärt, daß zu diesem Antrag die Verbündeten Regierungen noch eine Stellung genommen hätten. Der in Frage stehende § 22 des Genossenschaftsgesetzes bezieht sich nur auf die Ausgabe von Marken anstatt barer Geldes, nicht auf die Lieferanten-Rabattmarken. Nach Lage des bestehenden Rechts läßt sich die Auffassung nicht aufrecht erhalten, daß die Vereine, welche Lieferanten-Rabattmarken ausgeben, über die Ziele hinausgehen, die ihnen durch das Genossenschaftsgesetz gestellt sind. Denn die Vereine schaffen durch den Abschluß von Lieferungsverträgen für bestimmte Verhältnisse eine billige Einstausquelle. Sie üben damit eine Tätigkeit aus, welche die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder zum Zweck hat.

Österreich-Ungarn.

* Vor dem Schwurgericht in Budapest soll jetzt der Mordanschlag gegen Tisza, den Präsidenten des Abgeordnetenhaus, keine Sühne finden. Angeklagt ist der Abgeordnete Kovacs, der seinerzeit auf Tisza im Kammergebäude mit einem Revolver schoß. Die Anklage lautet auf vorsätzlichen Mordversuch. Bereits seit sechs Monaten ist Kovacs in Untersuchungshaft.

Persien.

* Die Differenzen zwischen Russen und England wegen der Ernennung des englischen Offiziers Gafford sind nunmehr beigelegt. Auf eine energische Note des englischen Gesandten hin hat die persische Regierung ihr Bedauern über die Ernennung ausgesprochen und erklärt, die Regierung sei voll und ganz entschlossen, eine entsprechende Entschuldigung zu leisten.

Europa-In- und Ausland.

Wismar, 17. Dez. Der Flottenchef Admiral n. Holsteinhoff ist hier eingetroffen zur Vornahme der terminmäßigen Besichtigung des ersten Geschwaders.

Neukreis, 17. Dez. Wie man hier wissen will, soll sich die mecklenburgische Regierung mit Gedanken tragen, dem Lande auch gegen den Willen der Mutterstadt eine Verfassung zu geben.

Malchin, 17. Dez. Der mecklenburgische Landtag hat den Statut der Großerzoglichen Eisenbahnverwaltung mit der Gehaltsaufsetzung der Beamten genehmigt.

Saarbrücken, 17. Dez. Wie verlautet, sollen dem christlichen Gewerbeverein der Bergarbeiter für den Streit zwei Millionen zur Verfügung stehen.

Paris, 17. Dez. Trotz der Weigerung Leon Bourgeois haben mehrere tablable Blätter fort, dessen Kandidatur für die Präsidialwahl der Republik ehrlich zu beschriften.

Paris, 17. Dez. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Ministerpräsident Boincaré seinem Versprechen gemäß bereit sei, in der Kammer in dieser Woche eine Erklärung über die auswärtige Politik abzugeben.

Paris, 17. Dez. Die Zahl der Teilnehmer an dem geistigen Auslande in Paris und dem öbrigen Seine-Departement soll 100 000 bis 120 000 Mann betragen haben.

Bern, 17. Dez. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der politischen Polizei wurde im Nationalrat abgelehnt.

Rom, 17. Dez. Die italienische Regierung hat dem in Tripolis geliebten deutschen Reichsangehörigen Koch eine Entschädigungssumme von 50 000 Frank bewilligt.

London, 17. Dez. Die englische Regierung hat in Washington vorgekehrt, die Leiche des verstorbenen amerikanischen Botschafters Reid auf einem englischen Kriegsfluss in die Heimat befördern zu lassen.

Vina, 17. Dez. Die Befreiung versucht die von der peruanischen Regierung zur Untersuchung der Guzman-Grenze entlassene Kommission zu löschen. Einer der Kommissare wurde verletzt.

Teheran, 17. Dez. Unter dem Verdacht an der Mordung des belgischen Polizeikommissars Dumes beteiligt gewesen zu sein, sind drei Leute verhaftet worden.

Totto, 17. Dez. Durch Kaiserliches Rescript ist Fürst Natura zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Washington, 17. Dez. Präsident Taft hat sich entschlossen, die Reuezeichnung des amerikanischen Botschaftspostens in London seinem Nachfolger zu überlassen.

Was gibt es Neues?

(Telegraphische und Korrespondenz-Meldungen)

Kämpfe in Neu-Guinea.

Berlin, 16. Dez. Die Volksexpedition in Deutsch-Neuguinea, die aus Anlaß der Ermordung des Paradiesvogeljägers Muluces zur Bestrafung der Stagam-Dörfer ausgesandt worden ist, hat mehrfache Zusammenstöße mit Einheimischen gehabt. Bei der Station Milave fand sie bewaffneten Widerstand. Die Lae-Womba am Maroon-land in Neu-Hannover mußte gegen widerständige Einheimische eingeschritten werden. Von der Expedition ist niemand verletzt worden.

Sturmopfer.

Hamburg, 16. Dez. In erstickender Weise häuften sich zuerst Nachrichten von Stürmen auf hoher See. In der Westküste Ostlands sind sechs Fischer ertrunken. Im Großen Belt ging die dänische Galeasse „Ella“ unter, vier Männer der Besatzung ertranken. Man fürchtet, daß der Leichter „Minnie“ mit acht Mann Besatzung in der Doggerbank untergegangen ist. Bei der dänisch-westfälischen Insel St. Thomas fanden dreizehn Mann den Tod in den Wellen.

Riesenstreit im Saarrevier.

Saarbrücken, 16. Dez. Die in der vorigen Woche abgehaltene Konferenz des preußischen Handelsministers mit der Bergarbeiter-Deputation hat keine Einigung zustande gebracht. Deshalb hat die gestern nachmittag hier unter Teilnahme von 350 Arbeitern-Delegierten abgeholte Streik-Konferenz des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter einstimmig beschlossen, unter Einhaltung der ordnungsmäßigen Erkundungsfrist am 2. Januar in den Ausland zu treten. Der christliche Verband zählt über 30 000 Mitglieder. Der Streikbesluß wird damit begründet, daß die Bergleute gewährte Lohnsteigerung in keiner Weise durch die günstige Konjunktur erzielten Arbeitsergebnissen entspricht. Die neue Fassung der Arbeitsordnung ermöglichte eine höhere Besetzung der Betriebsförderungen von kurzer Dauer sowie die Einführung größerer Wagen ohne entsprechende Mehrbelastung und beschleunigte betrifft Arbeitern den Rechtsweg. Weiter habe die Bergbehörde schon oft gewährte Bauliche der Saar-Berg-Wege bei der Änderung nicht berücksichtigt.

Schweres Eisenbahnhunglück in Sizilien.

Rom, 16. Dez. Bei der Station Mangano, in der Nähe von Catania, stieß infolge falscher Weichenstellung ein Schnellzug mit einem rangierenden Güterzug zusammen. Dabei wurden 15 Personen getötet, 30 schwer und 50 leicht verletzt. Der Zusammenstoß war so heftig, daß zehn Wagen des Schnellzuges einschließlich des Speisewagens aus den Gleisen geworfen und zertrümmert wurden. Aus der Verunfallstrecke geht hervor, daß für das Unglück allein der Weichensteller von Mangano verantwortlich ist. Der unausweichliche Beamte rannnte, als er den Zusammenstoß kommen sah, wie von Buren gelagt, über das Feld.

Fünfzehn Jahre Inthaus für einen Spion.

Berlin, 17. Dez. Gestern abend wurde gegen den Sergeanten Wölferling aus Thorn das Urteil gefällt. Er erhielt wegen Gefährdung der Sicherheit des Deutschen Reichs durch Verrat militärischer und diplomatischer Geheimnisse zu fünfzehn Jahren Buchtbau (Gefängnis). Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Stellung unter Polizeiaufsicht und 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt, im Nichtbeitretungsfall zu weiteren acht Jahren Buchtbau. Außerdem wurde bestimmt, daß die Doppelhabe ihm, im Gefangenbetrag von etwa 75 000 Mark die der ehemals unbemittelte Wölferling in Thorn angelebt hatte, vom Staate eingesogen werden. Die Urteilsbegründung erfolgte ebenso wie die Verhandlung selbst unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Eine Dreizehnstunden-Rede.

Wien, 17. Dez. Der slowenischen Opposition im Budgetausschuß war es gelungen, den Befreiung im Dauerzuh zu brechen. Wollmar heißt der Abgeordnete, der dadurch seinen Namen bekannt machte, daß er 18½ Stunden ohne die geringste Unterbrechung sprach. Es war furchtbarlich! Am Deutschen Reichstage wurde anlässlich der Debatte über die Befreiung im Dezember 1902 einmal der sozialdemokratische Abgeordnete Antred acht Stunden lang.

Johann Dampfer mit 300 bis 400 Menschen überfällig.

London, 17. Dez. Hier besteht jetzt in Meer- und Schiffsverkehrsstreitkreisen ungeheure Aufregung über das Ausbleiben von zehn transatlantischen Dampfern, deren jeder mindestens etwa 32 bis 40 Mann Besatzung an Bord hatte. Der Dampfer „Whittington“ wird bereits verloren gegangen, ebenso der Dampfer „Victor“. Die anderen überzähligen Dampfer sind „Snowdon“ Range“, „Barbara“, „Solar Star“, „Alata“, „Othello“, „M. C. Holm“, „Orion“ und „Santana“.

Kongresse und Versammlungen.

* Generalversammlung des Deutschen Bauernbundes. Der vor 3½ Jahren gegründete Deutsche Bauernbund hält am Sonntag in Osnabrück seine diesjährige Generalkongresssitzung ab. Der Bundesvorsitzende Woboldt im Bente weist darüber die bisherige Tätigkeit des Bauernbundes auf. Der Bauernbund dulde in seinen Reihen Mitglieder aller nationalen Parteien. Im Gegensatz zum Bund der Landwirte händen sie auf dem Boden des gegenwärtigen Sozialismus. Auch bei dem Boll auf der Seite bestehen sich die Interessen der Großgrundbesitzer nicht mit denen der mittleren und kleinen Besitzer. Die Verhandlung erläutert sich in einer Resolution grundsätzlich gegen die Einflüsse ausländischer Großunternehmen und die Ausdehnung oder Abänderung des § 12 des Fleischbeschlagsgesetzes. In der Fortführung der verhüllten Wirtschaftspolitik und der energetischen Durchführung der inneren Kolonisation, wie sie der Bauernbund fordert, sieht die Verhandlung das einzige Mittel, um eine ausreichende Fleischversorgung des deutschen Volkes durch die deutsche Landwirtschaft auch fernherin zu gewährleisten.

Soziales und Volkswirtschaftliches.

* Bei dem bevorstehenden Streit im Saarrevier wird weiter gemeldet, daß bis jetzt die Ruhe nirgends gestört worden ist. Die Königliche Bergwerksdirektion Saarbrücken weiß darauf hin, daß die Einreichung der Kündigung für eine größere Anzahl von Bergleuten durch einen Vertreter noch § 180 BGB. ungültig ist, sofern sich der betreffende Vertreter nicht im Besitz einer Vollmacht dessen befindet, für den er die Kündigung überbringen will. Es wird den Bergleuten, die die Kündigung einreichen wollen, angedeutet, diese mündlich oder schriftlich auf dem Bureau des zuständigen Steuerguts vorzulegen. Andernfalls sei die Kündigung laut § 178 BGB. ungültig. Weiter macht die Direktion darauf aufmerksam, daß es wichtig ist, wenn behauptet würde, bei ordnungsgemäßiger Kündigung könne die Bergwerksdirektion die gewohnten Bauräume nicht fürzten.